

Rede der SPD Fraktion im Stadtrat Wangen zum Haushaltsplan der Stadt Wangen im Allgäu 2026

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Frau Winder, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren in der Zuhörerschaft.

Wir sind „optimistisch und offensiv unterwegs“ war ihr Kommentar Herr Oberbürgermeister Lang bei der Einbringung des Haushaltsplans 2026.

Ja angesichts des überall fehlenden Geldes kann man zu so einem Kommentar kommen.

Aber das Geld fehlt nicht überall, die Rüstungsindustrie feiert, während wir unsere Haushalte mit eigenen Schulden und Schulden vom Bund füttern. Grund zum Feiern haben auch die Verkäufer von fossilen Energieträger, weil die Transformation in erneuerbare Energien nicht entschlossen genug vorangetrieben wird und ins Stocken geraten ist.

Nach ihren Aussagen Frau Winder und Herrn OB Lang sind die Einnahmen der Stadt solide, das Problem liegt bei den Ausgaben.

Deshalb wurde mit der Verabschiedung des Haushalts 2025 auch die Einführung einer HH Strukturkommission beschlossen, die über den Sommer wesentliche Elemente des jetzt vorgelegten HH Plans erarbeitet hat.

Der Reihe nach

Bei den Einnahmen haben wir einer Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer zugestimmt.

Die Gewerbesteuer wurde zuletzt vor Jahren angepasst. Auch die örtlichen Unternehmen sollen sich solidarisch am gestiegenen kommunalen Finanzaufkommen beteiligen. Einzelne Unternehmen wurden bei der Grundsteuerreform 2025 entlastet, was zum geringeren Gesamtaufkommen der Steuer beigetragen hat.

Bei der Grundsteuer hatten wir in der Vergangenheit immer Bedenken, weil die Steuer auf die Miete umgelegt werden kann. Dieses Mal ist die Situation anders. Durch die Grundsteuerreform 2025 wurden Mieter in Mehrfamilienhäusern tendenziell entlastet, während Besitzer von großen Grundstücken eher belastet wurden. Außerdem war das Gesamtaufkommen der Steuer nach der Reform für die Stadt eher niedriger als vorher. Eigentlich war sie einkommensneutral geplant.

Somit erscheint eine Erhöhung vertretbar und notwendig. Auch wenn die Grundsteuer C von der Verwaltung als nicht sinnig dargestellt wurde, müssen wir mehr Bestand mobilisieren und Leerstand reduzieren.

Zusätzlich wurden viele neue Wohnungen geschaffen, die ebenfalls zu einer Erhöhung des Steueraufkommens hätten führen müssen.

Auch der Erhöhung der Hundesteuer nach 7 Jahren und der Erhöhung der Parkgebühren haben wir zugestimmt.

Die Friedhofsgebühren wurden nach Jahren angepasst und ein Kostendeckungsgrad von 96 % angestrebt.

Landesgartenschau

Leider liegt uns nach über einem Jahr noch keine **Abrechnung der Landesgartenschau** vor. Das verbleibende Vermögen wurde noch nicht übertragen.

Ganz gut gelungen ist die **Nachnutzung des Landesgartenschaugeländes**. Zumindest ist es gelungen, dass sich private Unternehmungen an die gastronomische und kulturelle Bespielung des Geländes gewagt haben. Auch Ehrenamtliche Helfer haben sich um die Pflege gekümmert. Hier sehen wir noch Potential durch die Vergabe von Projektpatenschaften. Personell hat sich die Stadt engagiert mit Stellen für den Bauhof und fürs Projektmanagement.

Nicht verstehen können wir die Eile in der **neuerlichen Verlegung des Wertstoffhofs** für 500000 Euro. Die jetzige Lösung funktioniert und wird angenommen. Hier könnte der Haushalt leicht entlastet werden.

Der **Parkplatz Süd der Landesgartenschau** war in diesem Jahr, bis auf wenige Ausnahmen nur wenig ausgelastet und wird zunehmend von Wohnmobilen gebraucht. Auch hier sollten wir über eine Bewirtschaftung nachdenken. Wir hatten in der Haushaltsstrukturkommission auch die Einführung eine Parkvignette für auf öffentlichen Parkplätzen abgestellte Wohnmobile angeregt.

Liegenschaften und Bauen

Die Einnahmen durch den Verkauf von Grundstücken und Gebäuden sind 2025 hinter dem Plan geblieben. Neue Wohngebiete sind in der Stadt und den Ortschaften in Planung. Leider sind die Planverfahren aufwendig und haben zu Verzögerungen geführt.

Nicht einverstanden sind wir mit dem im mittelfristigen Haushaltsplan aufgetauchten Wohngebiet Elitz. Das Projekt wurde noch nicht im Rat beschlossen. Damit hat es im Plan nichts zu suchen.

Im Baugebiet Sattelweiher sind wir für eine zeitgemäße Mischung von verdichteter Bebauung und Einzelhäusern. Dem Ansinnen dort ein Luxus Wohngebiet zu errichten, wie es der CDU vorschwebt, werden wir entschieden Widerstand leisten. Insbesondere die immer wieder vorgebrachte Behauptung, dass Höchstverdiener zu steigenden Einkommenssteuereinnahmen führen, ist faktisch falsch.

Menschen in Armut oder mit wenig Einkommen

Für Obdachlose und Geflüchtete werden wir weiter Wohnraum schaffen müssen. Zum Glück wurde das letztjährige Projekt an der Zeppelinstraße nicht Realität. Wir hatten uns aus städtebaulichen Gründen dagegen ausgesprochen und haben Recht bekommen.

Ein Flüchtlingsheim gehört nicht in ein Gewerbegebiet und auch die Bezeichnung Container ist herabwürdigend.

Der jetzige geplante Standort am Herzmanserweg war einmal ein Vorschlag von uns. Der wurde zunächst kritisch gesehen, aber mangels Alternativen jetzt doch favorisiert. Mittelfristig müssen wir jedoch darauf achten, dass sich der soziale Wohnungsbau nicht ausschließlich auf den Südring konzentriert. Gerade haben wir es geschafft durch verschiedene Stadtentwicklungsprogramme, darunter das von uns 2007 beantragte Programm „soziale Stadt“ eine Aufwertung des Areals zu erreichen. Weitere soziale Brennpunkte verträgt das Areal nicht. Eine soziale Durchmischung auf andere Stadtteile halten wir für wichtig und richtig. Auch die großen Ortschaften sind hier in der Pflicht.

Die Strategie der Stadt bei der Investition in Wohnraum für Wohnungssuchende, Obdachlose und Geflüchtete auf Sicht und auf Qualität, statt Quantität zu setzen, hat sich bewährt. Weiteres Absenken der Standards ist nicht möglich, wie uns die Debatte um den Modulbau aus Kißlegg gezeigt hat. Angesichts der Weltlage können wir nicht verlässlich voraussagen, wie sich die Situation weiterentwickelt. Mit Blick auf die Krisengebiete der Welt geht es uns hier, trotz aller Unzufriedenheit doch immer noch gut.

Bleiben wir im Landesgartenschaugelände (Kindergärten und Schulen)

Leider hat sich der Ausbau des neuen Kindergartens in den Auwiesen verzögert. Man war angesichts des Termindrucks im Vorfeld der Landesgartenschau zu optimistisch. Die Geschwindigkeit lässt sich nicht dauerhaft durchhalten.

In der Bauverwaltung und in der Kämmerei mussten wir 2025 schmerzhaft personelle Veränderungen hinnehmen. Das bleibt leider nicht ohne Folgen.

Entschleunigung war auch die Devise in der Haushaltsstrukturkommission angesichts der anstehenden Investitionen in Kindergärten, Schulen und kommunale Einrichtungen. So wurde das Investitionsprogramm von 10 Jahren auf 15 Jahre gestreckt. So glauben wir, können die Projekte personell und finanziell bewältigt werden.

Ja wir haben, wie Herr Strasser von der FDP behauptet hat auch Kaffee getrunken. Die Kommission hat aber auch Ergebnisse geliefert. Eine solche Verunglimpfung und Herabwürdigung der Arbeit von Verwaltung und Stadträten ist inakzeptabel. Eigene konkrete Vorschläge hat Herr Strasser von der FDP leider nicht parat.

Es wurde auch der Gebäudebestand der Kommune untersucht. Dabei wurden Objekte identifiziert, die nicht dringend für kommunale Aufgaben gebraucht werden und veräußert werden sollen.

Finanziell hilft uns etwas das schuldenfinanzierte Sondervermögen des Bundes. Bund und Land haben die letzten Jahre den Kommunen immer mehr Aufgaben zugewiesen, ohne die Gemeinden mit ausreichenden Finanzmitteln zu versorgen. Jetzt sollen 15 Millionen über die nächsten 12 Jahre fließen, die uns insbesondere bei den Schulen, Brücken und Kindergärten guttun. Die Sportstätten werden zusätzlich mit der „Bärbel Bas“ – Milliarde auf Vordermann gebracht.

Hervorheben möchte ich hier die finanzielle Situation in den Kindergärten und Kitas. Die meisten Einrichtungen in Wangen sind in städtischer Hand. Die Stadt hat 2025 drei Einrichtungen von der katholischen Kirche übernommen. Die Stadt leistet hier viel sowohl im personellen wie im investiven Bereich. Die Kostendeckung ist leider die letzten Jahre gesunken, was an den mangelnden Zuweisungen vom Land liegt. Trotz relativ hoher Elternbeiträge. Eigentlich sollten die Kommunen einen Anreiz setzen, dass sich Familien hier in der Stadt niederlassen, wo sie dann auch zum allgemeinen Steueraufkommen beitragen. Deshalb fordern wir seit langem ein beitragsfreies Kindergartenjahr. Wir glauben, dass durch die Mehreinnahmen der Aufwand gedeckt wäre.

Die Einnahmen sind im Plan optimistisch gerechnet und solide. Dabei hilft die Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer und das Sondervermögen des Bundes. Leider schuldenfinanziert.

Problem sind die Ausgaben

Ein Drittel entfällt auf das Personal. Wir glauben wir haben ein gutes und effektives Personalmanagement. Hohe Fluktuation schafft Probleme. Wir haben die Stelle eines Prozessmanagers geschaffen. Gerne hören wir in 2026 seine Einschätzung. Die Stelle des Integrationsbeauftragten mussten wir neu besetzen. Unser Antrag auf Einrichtung eines Integrationsbeirats ist noch in Bearbeitung.

An dieser Stelle möchten wir uns bei allen Mitarbeiterinnen der Stadt für die geleistete Arbeit zum Wohle der Stadt bedanken.

Ein weiteres Drittel der Ausgaben entfällt auf Transferleistungen, Umlagen und Abgaben. Hier ein Wort zur Kreisumlage, die wahrscheinlich höher ausfallen wird. Bedenken wir allerdings, dass damit auch das Defizit der OSK mit ausgeglichen werden muss. Über die nicht optimale Finanzausstattung der Krankenhäuser möchte ich jetzt gar nicht sprechen. Jedenfalls war es gut und richtig, für den Erhalt des Krankenhaus Standorts Wangen zu kämpfen. Auch der Kreistag hat erkannt, dass eine Sanierung zum jetzigen Zeitpunkt zielführender ist, als eine Diskussion über einen Neubau. Und das auch noch bürokratisch aufwändig länderübergreifend.

Wichtig ist, dass Kreistag und Geschäftsführung unter den gegebenen Bedingungen versuchen, das Defizit zu minimieren und damit auch die Belastung der Kommunen zu mindern.

Gewerbe und Verkehr

Für die Weiterentwicklung des ansässigen Gewerbes haben wir in 2025 einiges auf den Weg gebracht und Entwicklungsmöglichkeiten geschaffen. Zum Glück sind unsere Gewerbetreibenden nicht ausschließlich von der Automobilbranche abhängig.

Leider haben wir die Klage um die Verlegung der Stromtrasse über dem geplanten Gewerbegebiet Herfatz verloren. Wir müssen jetzt sehen, wie man dort noch zu einer Lösung kommt.

Das NTW Gelände muss in absehbarer Zeit aus dem Dornröschenschlaf gerissen werden. Leider sind wir hier nicht selber Entscheider. Vielleicht hilft ein Vermitteln von Fördergeldern. Das Problem mit der neuen Brücke ist nun gelöst.

Die Altstadt wird nach wie vor als Einkaufszentrum angenommen. Die Fortschreibung des Einzelhandelskonzepts und des Stadtentwicklungsplans steht an. Die Entscheidung, das Nahwärmenetz dorthin weiterzuentwickeln ist richtig und wichtig.

Verzögerung hat es auch beim Beginn der Arbeiten für die Bahnunterführung gegeben. Das Vorhaben wird uns die nächsten Jahre beschäftigen.

Wärme und regionale Energie

Das Fernwärmenetz ist über die Jahre sehr gewachsen und soll nun in Richtung Realschule entwickelt werden. Das begrüßen wir sehr. Investitionen ins Netz sind Investitionen in die Zukunft und nicht verloren, sondern hochrentabel, was die CO2 Einsparung angeht. Jeder neue Anschluss verbessert die Rentabilität. Außerdem fördern die Investitionen die lokale Wertschöpfung und mindern die Abhängigkeit von Öl und Gas. Nutzen wir auch die staatlichen Fördermaßnahmen. Das jetzige Erweiterungsprojekt ist fast ausschließlich mit Förderung und Anschlussgebühren durchfinanziert.

Arbeiten wir zusammen mit Privaten und Eigentümern an Lösungen für die Wärmewende in den Quartieren. Der kommunale Wärmeplan gibt uns Wege und Ziele vor.

Lassen wir auch private Investitionen in Stromspeicher und Wärme- und Stromkraftwerke zu. Wir können nicht alles mit kommunalem Geld machen. Die Energiewende ist in fast allen Bereichen inzwischen wirtschaftlich.

Verkehr und Mobilität

Wir sprechen uns ausdrücklich für die Planung eines EC-Halts in Wangen aus. Ein solcher Halt würde die Stadt besser an den überregionalen Bahnverkehr anbinden und die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs weiter steigern. Gleichzeitig sehen wir die Diskussion um eine zusätzliche Autobahnauffahrt Süd kritisch, da hier die Belastungen für Umwelt und Verkehr sorgfältig abgewogen werden müssen.

Die Akzeptanz des ÖPNV ist erfreulich gestiegen, dennoch bestehen gerade in den Ortschaften weiterhin Schwachstellen – insbesondere an Wochenenden. Mit einem Mobilitätsbudget für die Ortschaften wollen wir neue Anreize schaffen und die Nutzung des ÖPNV noch attraktiver machen. Ruhender Verkehr soll künftig stärker über Gebühren gesteuert werden. Zudem setzen wir auf den Ausbau der Radwege, um den Schülerverkehr sicherer zu gestalten und die Altstadt für Fußgänger vom Verkehr zu entlasten.

Die Lärmbelastung bleibt ein Dauerthema. Tempo 30 sorgt vielerorts für eine spürbare, wenn auch nur temporäre Reduktion. Da der Verkehr insgesamt weiter zunimmt, wird uns diese Herausforderung noch lange beschäftigen.

Tourismus und Landschaftsschutz

Wangen verfügt über ein einmaliges Landschaftsbild, dessen Erhalt für uns oberste Priorität hat. Der Biotopverbund ist ein wichtiger Baustein, auch wenn das Projekt Biosphärengebiet leider gescheitert ist. Sorge für Arbeitsplätze und Gewerbe ist das eine, aber der Erhalt der natürlichen Grundlagen und der Landschaft das andere, was genau so viel Aufmerksamkeit bedarf. Das Konzept war zu komplex zu vermitteln, und viele Eigentümer haben die Chancen nicht erkannt. Dass die CDU als Regierungspartei ein eigenes Projekt hintergangen hat, war dabei besonders enttäuschend.

Finanzen und Verwaltung

Wir setzen auf Entschleunigung, die Konzentration auf Pflichtaufgaben und die Bündelung personeller Ressourcen. Zentralisierung kann dort sinnvoll sein, wo sie Effizienz schafft. Ebenso gilt: mehr Markt, wo es angebracht ist.

Die Schuldenobergrenze muss unbedingt beibehalten werden. Die 2% Einsparungen im aktuellen Haushalt halten wir für richtig. Gleichzeitig gilt es, klare Prioritäten zu setzen. Die Debatten darüber sind schwierig, aber notwendig, um die wirtschaftliche, soziale und nachhaltige Entwicklung unserer Stadt zu sichern. Weitere Einsparungen sehen wir vor allem in den Ortsverwaltungen, durch die Digitalisierung und durch die Abschaffung der unechten Teilortswahl. Darüber sollten wir 2026 noch einmal eine ernsthafte Debatte führen, auch wenn Teile des Rats anderer Auffassung sind. In der Frage ist Einstimmigkeit nicht Pflicht.

Schlusswort

Danken möchten wir allen Steuerzahlern der Stadt egal ob Grundsteuer, Gewerbesteuer, Lohn- oder Einkommenssteuer oder Mehrwertsteuer, um nur die wichtigsten zu nennen. Alle tragen zum Wohl und Gelingen unseres Gemeinwesens bei.

Auch die Arbeit der vielen Ehrenamtlichen in Vereinen und anderen Organisationen soll hier erwähnt werden. Auch deren Arbeit trägt zum Gesellschaftskapital bei.

Danken möchten wir auch Ihnen Frau Winder und Ihrem Team für die loyale langjährige Arbeit zum Wohle der Stadt. Für Ihre neue Aufgabe beim Kreis Ravensburg wünschen wir Ihnen alles Gute

Wir stehen vor großen Aufgaben, die uns in den kommenden Jahren begleiten werden – von der Weiterentwicklung der Altstadt über die Wärmewende bis hin zu Fragen des Verkehrs und der nachhaltigen Finanzpolitik. Dabei gilt es, mit Augenmaß zu handeln: Pflichtaufgaben entschlossen anzugehen, Ressourcen zu bündeln und gleichzeitig Raum für private Initiative und wirtschaftliche Vernunft zulassen.

Unser Ziel bleibt klar: Solidarität und Frieden als Leitlinien unseres Handelns. Ohne Zusammenhalt geht nichts und ohne Frieden ist alles nichts. Nur gemeinsam können wir die Herausforderungen meistern und Wangen als lebenswerte, zukunftsfähige Stadt gestalten. Mit diesem Haushalt setzen wir ein Zeichen für Verantwortung, Nachhaltigkeit und Zusammenhalt.

Wir stimmen dem Haushaltplan 2026 zu

Für die SPD Fraktion im Stadtrat Wangen

Dr. Alwin Burth